

## **Kommunale Denkfabrik in Stuttgart am 30.11.2013**

Auf Einladung der Grünen Landtagsfraktion nahmen die Gemeinderätinnen Dr. Ursula Herold-Schmidt und Elisabeth Ott an dem ganztägigen Workshop in Stuttgart teil. Das Thema lautete:

**Wie sieht grüne Kommunalpolitik konkret aus? Welche Möglichkeiten und Grenzen der kommunalen Gestaltungsspielräume gibt es und wie lassen sich grüne Ideen in einzelnen Politikfeldern in die Praxis umsetzen? Diese Fragen wurden bei der Denkfabrik für Kommunalpolitik diskutiert und beantwortet.**

Folgende Workshops standen zur Auswahl

- **„Naturschutz und Stadtentwicklung – ein Spannungsfeld?“** mit Heike Hauk und Bettina Lisbach
- **„Mitgestalten: Transparenz und Beteiligung“** mit Boris Palmer
- **„Soziale Gerechtigkeit: Gleichstellung und Teilhabe für alle“** mit Bärbl Mielich

Am Nachmittag die zweite Workshop – Phase mit folgender Themenauswahl auf dem Programm:

- **„Bildung für Menschen von 0 bis 99“** mit Brigitte Schmid und Wolfgang Straub
- **„Mobilität für alle – wie geht's?“** mit Thomas Marwein und Wolfgang Raufelder
- **„Kommunale Kulturpolitik“** mit Gerhard Fontagnier und Manfred Kern
- **„100% regenerativ und die lokalen Konflikte“** mit Margit Stumpp und Jürgen Menzel

Die Gemeinderätinnen entschieden sich für folgende Workshops und haben daraus mitgenommen:

**„Mitgestalten: Transparenz und Beteiligung“** mit Boris Palmer

Boris Palmer hat in seiner mitreissenden Art kurzweilig aus seinen Erfahrungen aus Tübingen berichtet. Folgende fünf Thesen zur Bürgerbeteiligung hat er aufgestellt:

1. Bürgerbeteiligung muss dem Gemeinderat abgerungen werden. Gerade die konservativen Fraktionen sehen in mehr Bürgermitsprache häufig eine Beschneidung der Rechte des Gemeinderates.
2. Bürgerbeteiligung muss oft der Verwaltung abgerungen werden. Viele Verwaltungen sehen Bürgerbeteiligung als Mehraufwand und Marktplatz für Querulanten.
3. Bürgerbeteiligung ist anstrengend und erbringt oft nicht die Ergebnisse, die Grüne sich wünschen. Nicht nur bei Stuttgart 21. Unsere Stärke kann es sein, Bürgerbeteiligung als Prinzip hoch zu halten, auch wenn wir dabei nicht immer die Sieger sind.
4. Bürgerbeteiligung hat genügend gute Beispiele. Für nahezu jedes Verfahren und jedes Problem gibt es erprobte und bewährte Bürgerbeteiligungskonzepte. Sie kosten aber Zeit und Verwaltungskraft. Diese muss man bereit stellen.
5. Bürgerbeteiligung hat trotz aller Chancen auch Risiken, die wir benennen müssen. Nur wenn die Grenzen der Bürgerbeteiligung allen klar sind, können Enttäuschungen vermieden und Erfolge eingefahren werden. Die Spielregeln müssen klar sein.

## „Mobilität für alle – wie geht’s?“

In diesem Workshop berichteten die beiden Landtagsabgeordneten Thomas Marwein und Wolfgang Raufelder über ihre Erfahrungen in Sachen Mobilität und die dazu gehörenden Förderungen. Folgende Hauptpunkte wurden angesprochen:

1. **Ausbau de öffentlichen Personennahverkehrs** – Mobilitätszentren, Mobilitätsketten, Busverkehr im ländlichen Raum, Taktverbesserungen, Förderung bedarfsgesteuerter Verkehre, z. B. Bürgerbusse und Ruftaxi, verbesserte Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger
2. **Ausbau des Rad- und Fußgängerverkehrs** – Schutzstreifen auf Fahrbahnen, verbesserte Ausschilderung, Schaffung von ausreichend Fahrradabstellanlagen, Förd. von Gehwegverbindungen
3. **Barrierefreiheit** – an Bahnhöfen und S-Bahnhaltestellen, Sanierung und Ausbau de Gehwege
4. **Verkehrssicherheit und Lärmschutz** – stärkerer Fokus auf Lärmschutz und Luftreinhaltung, Erweiterung der Möglichkeiten von Geschwindigkeitsbegrenzungen, Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit
5. **Nutzen statt Besitzen** – stärkerer Fokus auf CarSharing und Fahrradverleihsysteme, bessere Verknüpfung dieser Angebote mit dem ÖPNV.

Dezember 2013

Elisabeth Ott